



Einordnungen der Positionen der AfD aus Perspektive der digitalen Wirtschaft

Einordnungen der Positionen der AfD aus Perspektive der digitalen Wirtschaft

Stand: Februar 2024

Deutschlands digitale Wirtschaft steht für Innovation und Internationalität, für eine offene Gesellschaft, Toleranz und permanenten Wandel. Ohne globale Zusammenarbeit und den Austausch von Produkten, Diensten und Ideen über Grenzen von Ländern und Kulturen hinweg kann sie nicht bestehen. Im Kernbereich der digitalen Wirtschaft – bei den Unternehmen der IT und Telekommunikation – sind in Deutschland derzeit 1,4 Millionen Menschen aller Nationen beschäftigt, mehr als 5 Millionen weitere Arbeitsplätze hängen von ihr ab. Zu den größten Herausforderungen dieser Unternehmen gehören der strukturelle Fach- und Arbeitskräftemangel sowie die in Deutschland mangelhafte Digitalisierung des öffentlichen Raums sowie von Verwaltungen und Schulen.

Deutschlands digitale Wirtschaft ist zwingend auf regulatorische Rahmenbedingungen und eine politische Flankierung angewiesen, die ihren Werten und besonderen Merkmalen gerecht werden und diese fördern. Dazu gehören zuvorderst eine internationale Orientierung und die umfassende Digitalisierung von Infrastrukturen und öffentlichen Diensten, aber auch Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften wie etwa Rechtssicherheit.

Die Ausrichtung der AfD steht den Zielen und Grundwerten Deutschlands digitaler Wirtschaft in fast allen Feldern diametral entgegen. Sie ist digitalpolitisch rückwärtsgerichtet, gesellschaftlich auf Spaltung und Abgrenzung ausgerichtet und stellt den bisherigen demokratischen Rechtsstaat in Frage. Würden das Programm der AfD und die Ankündigungen ihrer Vertreterinnen und Vertreter übersetzt in praktische Politik, würde Deutschlands digitale Wirtschaft beschädigt und in ihrer Leistungs- und internationalen Wettbewerbsfähigkeit massiv belastet. Deutschlands ohnehin verbesserungsbedürftige Digitale Souveränität würde weiter geschwächt, das Land noch stärker abhängig vom Import von Schlüsseltechnologien und Software, die Resilienz und Sicherheit unserer Infrastrukturen, unserer Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und privaten Haushalte geschwächt. Deutschland würde verwundbar und leichter erpressbar.

Bitkom ist eine strikt überparteiliche Organisation. Allerdings positioniert sich die AfD abgesehen von der gegensätzlichen Werteorientierung von AfD und Bitkom in ihrer politischen Grundhaltung wie auch in ihren einzelnen Vorschlägen und Forderungen scharf gegen die Interessen der digitalen Wirtschaft und zum Schaden der digitalen Gesellschaft. Dies wollen wir deutlich herausarbeiten und öffentlich benennen.

1. Zuwanderung

Eine der größten Bedrohungen für unseren Wohlstand ist der Fach- und Arbeitskräftemangel. 2023 fehlten in Deutschland 149.000 Fachkräfte – allein im Bereich der IT-Kompetenzen.¹ Ohne Zuwanderung ist diese Lücke nicht zu schließen. Damit das gelingt, muss Deutschland für die klügsten Köpfe der Welt nicht nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort, es muss auch als Lebensmittelpunkt hochattraktiv sein. IT-Expertinnen und -Experten müssen zu uns kommen, mit uns leben und hier arbeiten *wollen* – und das möglichst nicht nur für ein oder zwei Jahre. Diese Digital-Spezialisten können sich das Land, in dem sie arbeiten und leben, aussuchen. Die AfD setzt auf gänzlich anders ausgerichtete Konzepte, die diese so dringend gebrauchten Menschen abschrecken.² Eine Politik, die die Menschen in erster Linie nach Herkunft, Religion oder Hautfarbe sortiert, ist nicht nur inhuman, sie schadet auch unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Unternehmen in Deutschland werden so genau in jenem Bereich geschwächt, in dem sie bislang besonders stark waren und nur so die besonders attraktiven Arbeitsbedingungen und im Weltmaßstab hohen Preise sicherstellen konnten: in ihrer technologischen Innovationskraft.

2. Binnenmarkt

Der EU-Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung neben Frieden, Freiheit und Stabilität. 96 % der exportierenden Digitalunternehmen Deutschlands liefern in andere EU-Staaten, die damit mit deutlichem Abstand an der Spitze der Exportrangliste stehen. Deutschland hat 2022 rund 143,1 Mrd. US-Dollar in Forschung und Entwicklung investiert. Wir werden allein aber nicht jene Investitionen aufbringen können, die es braucht, um mit den führenden und aufstrebenden Digitalstandorten wie den USA (F&E-Ausgaben 2022: 679,4 Mrd. US-Dollar), China (551,1 Mrd. US-Dollar) und künftig auch Indien (65,2 Mrd. US-Dollar) mitzuhalten.³ Das wird nur im EU-Verbund gelingen. Die AfD setzt in ihren Programmen dagegen auf einen „Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union“⁴. Für Deutschlands in der EU intensiv verzahnte digitale Wirtschaft wäre dies ökonomisch verheerend, mit negativen Folgen für Wohlstand und Arbeitsplätze. Als Alternative fordert die Partei die „Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“⁵ – wohlwissend, dass sich für eine solche Neugründung im Kreis der EU-Staaten keine Mehrheiten bilden lassen werden.

3. Bildung

Die AfD richtet sich in ihrem Europawahlprogramm explizit gegen „Bestrebungen, den Unterricht generell zu digitalisieren“.⁶ Führende AfD-Vertreter halten die Digitalisierung für „passivmachend“ und „phantasieschwächend“ – ihr solle „durch das klassische Medium Buch“ entgegengewirkt werden.⁷ Der Bitkom steht für ein zeitgemäßes

¹ Lt. Unternehmensbefragung von Bitkom-Research, 2023

² Beispiele sind etwa die „identitätswahrende Migrationspolitik“ (AfD-Bundestagswahlprogramm 2021, S. 99) oder „Rückgewinnungsprogramme für auslandsdeutsche Leistungsträger“ (AfD-Europawahlprogramm 2024, S. 18/19).

³ Lt. Berechnungen des Global R&D Funding Forecast, R&D World Magazine, Spring 2022, S. 3

⁴ AfD-Bundestagswahlprogramm, S. 30

⁵ AfD-Europawahlprogramm, S. 10

⁶ AfD-Europawahlprogramm, S. 49

⁷ Thüringens AfD-Landeschef Höcke im Interview mit heimatkurier.at, 12. Dezember 2023

Bildungssystem, zu dem digitale Lehr- und Lernmethoden selbstverständlich dazugehören. Schule hat die Aufgabe, junge Menschen auf die Gestaltung unserer Lebenswelt und ihre Herausforderungen umfassend vorzubereiten. Dabei müssen sie im Sinne der Medienkompetenz auch lernen, Fake News und Hate Speech, wie sie u. a. von Vertreterinnen und Vertretern der AfD über soziale Medien und Online-Plattformen verbreitet werden, als solche zu erkennen. Deutschland hat bei der „Digital Literacy“ insgesamt einen weiten Weg zu gehen: Der Anteil der Erwerbstätigen, die über mehr als nur grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen, ist in Deutschland mit 23 % signifikant niedriger als im EU-Durchschnitt (34,5 %).⁸ Nur durch gute digitale Bildung werden die Menschen ertüchtigt, sich sicher und souverän in der digitalen Welt zu bewegen.

4. Nachhaltigkeit & Klimaschutz

Den menschengemachten Klimawandel hält die AfD für „eine politische Agenda zur Besteuerung der Luft zum Atmen und damit der Durchsetzung gesellschaftlicher Umgestaltungen (Große Transformation)“.⁹ Sie fordert die „Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene“.¹⁰ Die AfD leugnet damit das Offensichtliche und wissenschaftlich nachgewiesene: Die Temperaturen steigen weltweit, was auch in Deutschland zu spürbaren Beeinträchtigungen für Mensch und Natur führt. Davor die Augen zu verschließen, nimmt uns auch in der Wirtschaft Chancen. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist unstrittig, dass wir die Art und Weise, in der wir leben, wirtschaften und arbeiten klimagerecht weiterentwickeln müssen. Es geht also nicht um Degrowth oder Verbots- und Verzichtsszenarien, es geht darum, die Potenziale digitaler Technologien umfassend für den Klima- und Umweltschutz nutzbar zu machen und gleichzeitig den Wohlstand in der Breite der Gesellschaft zu fördern. Richtig ausgestaltet, ist die „Twin Transition“ von Digitalisierung und Klimaneutralität das größte Wachstumsprogramm unserer Zeit.

5. Technologie & Innovation

Ob Ablehnung des Europäischen Gesundheitsdatenraums¹¹ oder die Behauptung, das Bargeld solle abgeschafft werden¹²: Die Politik der AfD ist grundsätzlich technologie- und innovationsavers. Ihre Abgeordneten reden im Zusammenhang mit Verwaltungsdigitalisierung und digitalen Lösungen für den Klimaschutz von „Digitalisierungsunfug“¹³ oder behaupten, „Big Tech“ wolle „jeden mundtot machen“.¹⁴ Wer auf dieser Grundlage wirtschafts- und digitalpolitische Entscheidungen trifft, wird dem Technologie- und Innovationsstandort Deutschland schaden, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen belasten und letztlich Wohlstandsverluste in der Gesellschaft und den Privathaushalten provozieren.

⁸ Eurostat, [ICT Usage in Households and by Individuals, Annual Questionnaire](#), hier: Zahlen des Indikators „Digital Skills level“ für 2021

⁹ AfD-Europawahlprogramm, S. 40

¹⁰ AfD-Europawahlprogramm, S. 42

¹¹ AfD-Europawahlprogramm, S. 45

¹² AfD-Bundestagswahlprogramm, S. 57

¹³ AfD-Europaabgeordneter Markus Buchheit im [Interview mit freilich-magazin.com](#), 8. Dezember 2023

¹⁴ Stellv. AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch in einer [Plenarrede im Deutschen Bundestag](#), 28. Januar 2021

6. Digitale Souveränität

Die digitale Wirtschaft ist weltweit vernetzt, sie setzt auf Handel und Kooperation mit vertrauenswürdigen Partnern. In diesen Netzwerken gilt es unsere Digitale Souveränität zu verbessern. Bitkom tritt für digitale Selbstbestimmung ein, nicht für einseitige Abhängigkeit oder Autarkie. Die AfD dagegen setzt für einige Branchen explizit auf eine „Stärkung der Autarkie der Mitgliedsstaaten der EU“¹⁵ – einerseits. Andererseits fordert sie u. a. eine engere Ostbindung.¹⁶ Beide Wege führen in die Irre: Wer ein digital autarkes Deutschland fordert, hat die globalen Wirkmechanismen der digitalen Wirtschaft nicht verstanden. Kein Land der Welt – und das gilt auch für die USA und China – besitzt jene Innovationskraft, um auf eine enge internationale Zusammenarbeit verzichten zu können. Andererseits müsste eine engere Ostbindung in der digitalen Wirtschaft ohne Effekt bleiben, da gerade in Russland und Belarus schlicht leistungsstarke Partner fehlen, die mit der deutschen Digitalwirtschaft auf Augenhöhe kooperieren könnten. Letztlich ist keiner der vorgeschlagenen Wege eine attraktive Perspektive für Deutschlands digitale Wirtschaft.

¹⁵ AfD-Europawahlprogramm, S. 50

¹⁶ AfD-Europawahlprogramm, S. 29/30

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Fabian Zacharias | T 030 27576-105 | f.zacharias@bitkom.org
Leiter Public Affairs

Layout

Katrin Krause | Bitkom e.V.

Titelbild

stock.adobe.com – Björn Wylezich

Copyright

Bitkom 2024

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugswweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.